

Clash of Ignorance

Welche politische Funktion das Bild hat, das sich der Westen von Asien macht, erklärt der chinesische Philosoph Wang Hui. Von Berthold Seliger

Schon die bloße Existenz Chinas ist für die westlichen Versionen der Weltgeschichte ein Problem.

Gan Yang

Die Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz in Peking 1989 waren ein Wendepunkt in der modernen chinesischen Geschichte. Sechs Wochen lang beherrschten Zehntausende Chinesen den Platz des himmlischen Friedens und demonstrierten für ein anderes China, bis Soldaten und Panzer die Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 niederschlugen. Die westliche Narration erwähnt lediglich die Studenten, die damals demonstrierten, und deutet die Ereignisse als Konfrontation zwischen einem brutalen kommunistischen Staat und einer Gruppe von Studenten, »die sich danach sehnten, Teil der liberaldemokratischen, kapitalistischen Welt zu werden« (Mark Leonard: *Was denkt China?* DTV, 2009). Der chinesische Intellektuelle Wang Hui, 1989 selbst als Demonstrant auf dem Tiananmen, lenkt in dem Essay »The 1989 Social Movement and the Historical Roots of China's Neoliberalism« (in: *China's New Order*. Harvard University Press, 2003), den er 1997 im Exil schrieb, die Aufmerksamkeit von den Intellektuellen auf die größere Gruppe der Arbeiter, die mit konkreten sozialen und wirtschaftlichen Forderungen auf den Platz strömten. Sie seien unzufrieden mit den marktwirtschaftlichen Reformen von 1988 gewesen, die zu einer hohen Inflation und wachsender Ungleichheit geführt hatten, und hätten alles andere als ein Interesse daran gehabt, zum Westen zu gehören. Die Arbeiter wollten Preisstabilität, soziale Sicherheit und ein Ende von Korruption und Spekulation. Wang interpretiert diese Anliegen als Teil des globalen Widerstands gegen den Neoliberalismus und vergleicht die Ereignisse auf dem Tiananmen mit den globalisierungskritischen Aufständen, die in Seattle oder Genua stattfanden.

Laut Wang passierte nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 in China etwas völlig anderes, als der Westen wahrhaben will: Die Panzer brachten nicht nur den Ruf nach Demokratie zum Schweigen, sondern auch die öffentliche Debatte über soziale Ungleichheit; durch die Nieder-

schlagung der Proteste beschleunigte sich die Einführung der Marktwirtschaft: »Die Leute haben vergessen, daß bei den Unruhen auf dem Tiananmen die Empörung über die soziale Fragmentierung mitschwang, und sie können sich genauso wenig erinnern, daß sich die Ära der Marktwirtschaft, die heute als Neoliberalismus bezeichnet wird, hinter dem politischen Schreckgespenst der Menschen auf dem Platz verbirgt und sich nur deshalb kein sozialer Protest gegen sie erhebt.« Für Wang arbeiteten die Panzer, die die intellektuelle Blüte der achtziger Jahre zermalzten, »eher im Auftrag des Marktfundamentalismus als des Maoismus« (Leonard).

Wenn heute im Westen die Rede von China ist, geht es gemeinhin um die sogenannten Menschenrechte, die der autoritäre Staat nicht gewähren will, und um das rasante Wirtschaftswachstum. Wer aber mit chinesischen Intellektuellen spricht, hört sie die Repression neoliberaler Wirtschaft und die ungerechte Vermögensverteilung beklagen, den Einfluß der Interessengruppen auf die Politik, Probleme im Sozialsystem, Umweltschäden, Korruption. Malt der Westen das Schreckgespenst einer kommunistischen Diktatur an die Wand, so stellt Wang fest: »China ist zwischen den beiden Extremen eines fehlgeleiteten Sozialismus und eines durch extreme Vetternwirtschaft gekennzeichneten Kapitalismus gefangen, und es hat unter den schlimmsten Elementen beider Systeme zu leiden ... Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts darf nicht auf Kosten der Arbeiterrechte und der Umwelt absolute Priorität haben.«

Seine neue Aufsatzsammlung widmet Wang nun explizit *The Politics of Imagining Asia*. Er wendet sich gegen den importierten westlichen Diskurs, mit dem China im vergangenen Jahrhundert fast ausschließlich beschrieben wurde. Indem man das Land als rückständig, den Entwicklungen der westlichen Welt – seien es Patente, seien es Ideologien – hinterherhinkend, charakterisiert, unterstelle man Asien, »weder eine Geschichte« zu haben noch »den Impetus, Modernität zu entwickeln«. Wang setzt eine eigene chinesische Sichtweise dagegen: den Versuch einer »alternativen Moderne«, die auf der komplexen historischen Praxis Ostasiens fußt. Wang geht sogar so weit zu behaupten, Asien sei in der Lage, die Weltgeschichte zu rekonstruieren, mit Folgen für die Ideologien Europas: »As we correct the errors in the idea of Asia, we must also re-examine the idea of Europe.«

Im Aufsatz »How to Explain ›China‹ and its ›Modernity‹« untersucht Wang den Nationalstaat unserer Zeit und zwei traditionelle Varianten chinesischer Administration: die zentralisierte Bürokratie im Vergleich zu dezentralen Modellen (wobei die chinesische »Neue Linke« für viele Mißstände wie Korruption, falsche Investitionen, faule Kredite, geringen Binnenkonsum und wachsende soziale Ungleichheit eher die Schwäche der Zentralregierung verantwortlich macht, also einen »starken Staat« an-

stelle des dominierenden dezentralen Systems fordert).

Besonders aufmerksam sollte man im Westen das Kapitel über die »tibetische Frage Ost und West« lesen: Wang macht die langwährende Mythologisierung Tibets im Westen dafür verantwortlich, daß der Status Tibets immer wieder neu debattiert wird. Die Theosophie habe ein ebenso »ideales wie surreales Bild von Tibet« geschaffen, in dem »Spiritualität und Mystizismus« vorherrschten, wohingegen Hunger, Kriminalität oder Alkoholismus im romantischen Idealbild des 19. Jahrhunderts von Tibet, das bis heute in Europa vorherrsche, nicht vorkommen. Der britische Imperialismus des 19. Jahrhunderts hat das fragile Verhältnis der Länder im Himalaya zerstört, und seither betrachtet der Westen die Tibet-Frage ausschließlich unter der Logik des Nationalstaats. Dabei seien es vor allem die Interessen des Westens und der eurozentristische Blick auf Tibet, die die Probleme aufwerfen. Wang erläutert anschaulich das Konzept »Unity in Diversity« und setzt es gegen einen (oft »ethnischen«) Regionalismus ein (Stichwort: »Europa der Regionen«).

Wang räumt die Turbulenzen in Tibet und die Spannungen im Zusammenleben zwischen den Tibetern und den Han freimütig ein, sieht die Ursache jedoch in der wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheit, die die Globalisierung und die extreme Expansion der chinesischen Wirtschaft nach 1979 mit sich gebracht haben. Seit den Olympischen Spielen in Peking und nach den Unruhen in Tibet sieht der Historiker zwei unterschiedliche Desinformationskampagnen am Werk: die westliche Mainstream-Narration, die nicht nur die eigene Kolonialismusgeschichte in der Region ignoriert, sondern in einem Jahrhunderte währenden »Anti-China-Chor« aufgeht, sowie die Ignoranz der chinesischen Medien gegenüber den tatsächlichen Problemen in Tibet. Dieser »Clash of Ignorance« werde von einer Politik des neuen Kalten Kriegs befeuert. Die Ignoranz setzt sich besonders in Deutschland, dem Staat des medial organisierten »China-Bashings«, fort: Die Denker der neuen chinesischen Linken beachtet man hier kaum. Dabei spielen sie, ungeachtet der steten Bedrohung, heutzutage eine wichtige Rolle. Wang Hui etwa kämpft für die Rechte der Arbeiter im modernen China und gegen den zunehmenden Neoliberalismus und wird immer mal wieder auch von der Regierung gehört. Er setzt sich für »institutionelle Innovationen« wie die Reform des Eigentumsrechts ein, damit die Arbeiter über die Firmen bestimmen können, in denen sie arbeiten. Und in denen sie die Produkte herstellen, die wir täglich in den Händen halten, von Smartphone bis Turnschuh. ●

Wang Hui: *The Politics of Imagining Asia*. Harvard University Press, Cambridge (USA)/London 2011, 368 Seiten

Berthold Seliger schrieb in *KONKRET* 6/11 über die Legende vom Heiligen Ai Weiwei